A7 Keine Parteispitze als Minister:innen – jetzt erst recht!

Antragsteller*in: JUBV
Tagesordnungspunkt: TOP 5.1. Beratungen Antragsblock B (Anträge bzgl. NRW)

Weiterleitung an: Landeskonferenz der NRW Jusos

Antragstext

Die Sozialdemokratie lebt von ihrer innerparteilichen Demokratie. Sie lebt davon, dass Mitglieder, Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Gliederungen politische Debatten führen, Entscheidungen beeinflussen und die Ausrichtung der Partei mitgestalten können. Eine Partei ist keine bloße Wahlkampfmaschine für Regierungshandeln und auch kein Anhängsel ihrer Minister:innen. Sie hat einen eigenständigen Auftrag.

Genau dieser Auftrag gerät zunehmend unter Druck, wenn die Parteispitze zugleich Regierungsverantwortung übernimmt. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Konzentration von Regierungs- und Parteimacht in denselben Händen nicht zu einer Stärkung der Partei führt, sondern vielmehr dazu, dass die Partei hinter die Regierung zurücktritt. Die entstehenden Rollenkonflikte sind in aktueller Stunde nicht zu übersehen.

Besonders in dieser Regierungslegislatur ist hervorgestochen, dass das Amt des Parteivorsitzes nicht mit einem Regierungsamt kompatibel ist. Wenn das Regierungsprogramm so starke Diskrepanzen zu den Grundwerten der SPD aufweist.

Die Aufgabe einer Parteispitze ist es, die Partei zu führen – nicht ein Ministerium.

Parteivorsitzende müssen Ansprechpartner:innen für die Basis sein. Sie müssen Debatten organisieren, Kritik aufnehmen, politische Perspektiven entwickeln und auch gegenüber der eigenen Regierung Position beziehen können. Sie sollen die Partei fördern, indem sie Mitglieder beteiligen und politische Bildung stärken. Sie sollen die Partei fordern, indem sie programmatische Debatten anstoßen und politische Klarheit schaffen.

Minister:innen hingegen verfolgen eine andere Aufgabe. Sie führen ihre Ressorts, handeln Kompromisse innerhalb einer Regierung aus und sind an Koalitionsvereinbarungen sowie Kabinettsdisziplin gebunden. Sie vertreten

notwendigerweise die Linie der Regierung.

Diese Rollen stehen in einem grundlegenden Spannungsverhältnis.

Wer gleichzeitig Parteivorsitzender und Minister ist, kann kaum glaubwürdig die Interessen der Partei gegenüber der Regierung vertreten, wenn er oder sie selbst Teil dieser Regierung ist. Die Partei verliert damit ihre wichtigste Stimme. Kritik wird schwieriger, Debatten werden eingehegt und die notwendige Distanz zwischen Partei und Regierung verschwindet.

Gerade aus jungsozialistischer Sicht ist diese Entwicklung hochproblematisch. Jusos verstehen sich traditionell als kritische und progressive Kraft innerhalb der Sozialdemokratie. Wir wissen, dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht dadurch entsteht, dass Macht möglichst effizient verwaltet wird. Fortschritt entsteht durch Diskussion, Beteiligung und die Bereitschaft, politische Entscheidungen immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Eine Parteispitze, die gleichzeitig Regierungsämter bekleidet, kann diese Rolle immer schlechter erfüllen. Statt Sprachrohr der Mitgliedschaft zu sein, wird sie zum Sprachrohr der Regierung. Statt Debatten zu ermöglichen, entsteht häufig das Bedürfnis, Regierungshandeln zu verteidigen. Die Partei wird so ihrer eigenständigen Funktion beraubt.

Besonders deutlich zeigt sich dies am Beispiel von Lars Klingbeil. Die Vereinigung von Parteivorsitz und Ministeramt steht exemplarisch für eine Entwicklung, die innerhalb der SPD seit Jahren zu beobachten ist. Die politische Energie fließt zunehmend in Regierungsmanagement, während die Parteiarbeit in den Hintergrund tritt.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um einzelne Personen. Es geht um Strukturen. Auch die engagierteste und kompetenteste Person kann die Widersprüche zwischen Parteiführung und Regierungsamt nicht einfach auflösen. Das Problem liegt im System selbst.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt, der für viele Mitglieder zunehmend schwer nachvollziehbar ist: Die gleichzeitige Besetzung von Spitzenämtern in Partei und Regierung wirkt wie eine immer weitere Konzentration politischer Macht auf wenige Personen. Gerade in einer Zeit, in der Parteien um Vertrauen kämpfen, entsteht der Eindruck, dass politische Spitzenämter nicht mehr als unterschiedliche Verantwortungsbereiche verstanden werden, sondern als Positionen, die möglichst vollständig auf einer Person vereint werden sollen.

Dieser Eindruck schadet der Glaubwürdigkeit der SPD.

Wenn Parteivorsitz, Fraktionsführung, Regierungsämter und weitere Spitzenfunktionen immer wieder in denselben Händen liegen, entsteht nicht der

Eindruck einer lebendigen Mitgliederpartei, sondern der Eindruck eines fortlaufenden Ämtergreifens. Die Anhäufung von Funktionen erscheint dann nicht mehr als politische Notwendigkeit, sondern als Ausdruck eines politischen Verständnisses, in dem Machtkonzentration zum Selbstzweck wird.

Sozialdemokratie muss jedoch das Gegenteil verkörpern.

Wir kämpfen für Demokratisierung, Teilhabe und die Verteilung von Macht. Was wir gesellschaftlich fordern, müssen wir auch innerparteilich leben. Macht darf nicht konzentriert, sondern muss verteilt werden. Verantwortung darf nicht auf wenige Schultern geladen, sondern muss auf viele Menschen übertragen werden. Nur so entstehen neue Perspektiven, neue politische Talente und eine lebendige Partei.

Gerade nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre gilt deshalb: Jetzt erst recht.

Die SPD braucht eine starke Parteispitze, die sich voll und ganz der Partei widmet. Sie braucht Menschen, die die Basis organisieren, politische Debatten führen und programmatische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit entwickeln. Sie braucht keine weiteren Minister:innen in Parteibüros, sondern Parteivorsitzende, die Parteivorsitzende sind.

Minister:innen sollen Minister:innen sein.

Die Parteispitze soll Parteispitze sein.

Wer beides zugleich sein will, wird am Ende weder der Partei noch dem Amt gerecht.

Deshalb fordern wir eine klare Trennung von Partei- und Regierungsamt. Für eine starke SPD. Für mehr innerparteiliche Demokratie. Für eine lebendige sozialdemokratische Debattenkultur. Und für eine Partei, die sich nicht über die Verteilung von Ämtern definiert, sondern über ihre Mitglieder und ihre politischen Überzeugungen.

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Die NRWJusos sprechen sich gegen die gleichzeitige Ausübung von Spitzenämtern in der Partei und Regierungsämtern auf Minister:innenebene aus. Insbesondere sollen Vorsitzende und weitere führende Funktionsträger:innen der SPD auf Bundes- und Landesebene keine Minister:innenämter ausüben. Die eben beschriebene Parteispitze umfasst im Sinne dieses Antrags die beiden Parteivorsitzenden, die Geschaftsführung, das Generalsekretariat, Beisitzende im Bundesvorstand zudem noch Funktionärinnen aus den jeweiligen Bundesländern.

Die NRWJusos fordern die SPD auf, bei zukünftigen Regierungsbildungen eine klare Trennung zwischen Parteiführung und Regierungsverantwortung vorzunehmen. Die Parteispitze hat die Aufgabe, die Partei strategisch auszurichten, die innerparteiliche Demokratie zu stärken, die Interessen der Mitglieder zu vertreten sowie Regierungshandeln kritisch zu begleiten. Minister:innen hingegen haben die Aufgabe, Regierungsverantwortung wahrzunehmen und die Politik der jeweiligen Regierung umzusetzen.

Eine personelle Vermischung dieser Funktionen widerspricht einem sozialdemokratischen und demokratischen Verständnis von Partei- und Regierungsarbeit. Sie schwächt die innerparteiliche Willensbildung, erschwert die Kontrolle von Regierungshandeln durch die Partei und konzentriert Macht in den Händen weniger Personen.

Die SPD muss wieder zu einer Kultur der Arbeitsteilung, der innerparteilichen Debatte und der demokratischen Kontrolle zurückfinden. Deshalb fordern die NRW Jusos, dass Spitzenämter in Partei und Regierung grundsätzlich getrennt besetzt werden